

Silben: 1. Preise: Käthe Schindler, Annemarie Köhler, Ely Reinhardt, Luise Jüffel, Dora Renner, Rudolf Tübel, Erika Kreisler, Gina Baumann, Martha Schöne, Helene Lind. 2. Preis: Helene Kreisler. 120 Silben: 1. Preis: Gerhard Wähler. 2. Preis: Herbert Teubel. 140 Silben: 1. Preis: Johanna Behold, Erhard Wähler, Friedrich Kühne, Gertrud Hartdorf, Georg Meier. 180 Silben: Belobigung: Else Neumann. 260 Silben: 1. Preise: Margarethe Köhler, Otto Franke. Letztere beiden Arbeiten waren vollständig fehlerfrei übertragen und stellen die vorzüglichsten Leistungen des Wettstreits dar. Nach Ohorn entfielen folgende Preise: 80 Silben: 1. Preis: Ella Fischer, Walter Schögel, Else Oswald; 2. Preis: Erich Stegenberg; 3. Preis: Felix Philipp, Edgar Kauffelt; 100 Silben: 1. Preis: Fritz Freudenberg, Johannes Höggen, Herbert Horn; 120 Silben: 2. Preis: Georg Förster; 140 Silben: 1. Preis: Kurt Mager, Hans Garten; 180 Silben: 1. Preis: Erwin Frenzel; 200 Silben: 1. Preis: Hugo Heinrich.

— (Totenfest) Tanzvergnügen an öffentlichen Orten, sowie in Räumen geschlossener Gesellschaften sind am Totensonntage, am Vorabend des Totensonntages von nachmittags 6 Uhr ab verboten. Theatralische Vorstellungen, einschließlich Dichtspiel-Aufführungen, sind am Totensonntage und dessen Vorabend nur gestattet, sofern angemessene ernste Stücke gewählt werden und namentlich die Aufführung von Pöffen und ungeeigneten Lustspielen unterbleibt. Musikanten zur Unterhaltung der Gäste in Schankwirtschaften und sonstige, namentlich mit Musikbegleitung verbundene geräuschvolle Vergnügungen sind verboten. Dagegen können Konzerte, die dem Ernste des Tages entsprechen, am Totensonntage nachgelassen werden.

— (Abführung von Lohnsteuer) Das Landesfinanzamt weist erneut darauf hin, daß der 3. Zt. wieder auftretende Mangel an Steuermarken bei der Post von der Abführung der Steuer nicht entbindet. Die Lohnsteuer ist in solchen Fällen bei der Kasse des zuständigen Finanzamtes unter Beifügung einer Aufstellung über die eingezahlten Beträge in bar einzuzahlen. Der auf jeden Arbeitnehmer entfallende Steuerbetrag ist unter Angabe der Lohnhöhe und des Lohnzeitraumes in die Steuerblätter einzutragen; die alsdann dem Lohnsteuerbureau zwecks Abtempelung vorzulegen sind. Arbeitgeber, die mindestens fünf Arbeitnehmer beschäftigen, werden aufgefordert, das Ueberweisungsverfahren einzuführen. Die Unterlagen hierzu sind auf dem zuständigen Lohnsteuerbureau zu erhalten.

— (Vorsicht!) Falsche 500 Milliardencheine der Stadt Jreitall sind im Umlauf, vor deren Annahme gewarnt wird.

— (Papiergeld muß in Zahlung genommen werden) Durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 7. November 1923 ist eine Verpflichtung zur Annahme von Papiergeld bei Forderungsgeschäften begründet worden. Weiber der Abschluß, noch die Erfüllung von Verträgen über die Lieferung von Waren dürfen deshalb verweigert werden, weil die Zahlung in Papiermark erfolgt oder erfolgen soll. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der Notverordnung werden mit Gefängnis, in schweren Fällen sogar mit Zuchthaus bestraft, daneben muß auf Geldstrafe erkannt werden, zu deren Sicherung die Polizeibehörde das Vermögen des Täters ganz oder teilweise beschlagnahmen darf. Verträge, deren Erfüllung bereits von der Zahlung in Goldmark abhängig gemacht sind, sind nichtig. Die Polizeibehörde wird mit allen verfügbaren Kräften den Bestimmungen der Verordnung Nachdruck verleihen. Geschäftsleute, die den Bestimmungen zuwiderhandeln, haben neben schwerer Bestrafung die Schließung ihrer Geschäfte zu gewärtigen. Einer sehr hohen Strafe verfiel ein Kaufmann in Frankfurt a. M., der sich ebenfalls geweigert hatte, Ware gegen Papiermark zu verkaufen. Er schrieb an die Tür: „Petroleum ausverkauft“, gab es aber hintenherum ab, wenn er wertbeständig Geld erhielt. Die Begründung, auch die Lieferanten forderten wertbeständig Geld, nützte dem Kaufmann nichts. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis und 10 Millionen Geldstrafe.

— (Betriebskassen) Bei der letzten Lohnzahlung im Sachsenwerk konnte der Lohn wegen Geldmangel nicht voll ausgezahlt werden, obwohl die Gehälter der Angestellten dazu mit Verwendung finden sollten. Daraufhin stürmten eine Anzahl Arbeiter in das Direktorialzimmer, mißhandelten den Direktor und beschädigten die Einrichtungsgegenstände. Daraufhin ist dem gesamten Fabrikpersonal gekündigt worden.

— (Bierzig Jahre im Dienste des deutschen Liedes.) Eine in Sängerkreisen bekannte Persönlichkeit, der Kassierer des 5. Oberlausitzer Sängerkreises, der frühere Landwirt Hermann Wilhelm, ist am 20. November 1883 in die Welt gekommen. Im November 1883 trat er in die „Böbauer Lyra“ ein, 1905 war er Mitbegründer des „Böbauer Orpheus“, dessen Vorsitzender er seit der Gründung heute noch ist.

— (Die Begnadigungen Dr. Zeigners.) Zu den Begnadigungen unter Justizminister Dr. Zeigner schreibt Geheimrat Dr. Belling, Ministerialdirektor im einstweiligen Ruhestande (auf Grund des Gesetzes vom 26. Juli 1923 über die

Pflichten der Beamten usw.) wie folgt an die Presse: „Nach einer in Ihrer Zeitung veröffentlichten Mitteilung beruht das gegen den früheren Ministerpräsidenten Herrn Dr. Zeigner eingeleitete Strafverfahren darauf, daß er in seiner Eigenschaft als Justizminister Geschenke für die Bewilligung von Begnadigungen angenommen habe. Da ich viele (mehr als 12) Jahre hindurch die Gnadensachen im Justizministerium an leitender Stelle bearbeitet habe und die Ausübung dieser Tätigkeit durch mich in weiten Kreisen der Bevölkerung bekannt geworden ist, muß ich Wert darauf legen, die Öffentlichkeit davon zu unterrichten, daß ich während der Amtszeit des Herrn Dr. Zeigner mit Gnadengesuchen nicht mehr befaßt gewesen bin. Eine seiner ersten Amtshandlungen bestand darin, daß er mir diese mit der Begründung entzogen hat, daß meine Mitwirkung bei ihnen für ihn eine politische Belastung bedeuten würde.“

Dresden. (Ministerpräsident a. D. Dr. Zeigner verhaftet) Wie der Telemotion-Sachsendienst zuverlässig erfährt, ist der ehemalige Ministerpräsident Dr. Zeigner in der Nacht von Dienstag zum Mittwoch auf Veranlassung des obersten Staatsanwalts zu Leipzig verhaftet worden. — Wie dem „Berliner Totalanzeiger“ von zuverlässiger Seite aus Dresden gemeldet wird, hat Ministerpräsident Dr. Zeigner noch vor kurzem versucht, auf Leipziger Zeugen einzuwirken, daß diese nicht gegen ihn sprechen sollen. Zeigner sei körperlich und geistig vollkommen zusammengebrochen, was auf seine Verhaftung noch nachts mit dem Krankenwagen in das Leipziger Untersuchungsgefängnis gebracht.

Politische Landschau.

Deutsches Reich.

— (Havenstein) Einige Tage vor seiner Zwangspensionierung ist Reichsbankpräsident Havenstein gestorben. Es war beschlossen worden, daß er gehen sollte, weil sich in den letzten Monaten immer mehr gezeigt hatte, daß sein Geist nicht elastisch genug war, um sich auf die Notwendigkeiten einer weitgehenden Währungsänderung einzustellen. Gerade die jüngste Bergangenheit hat scharfe Angriffe gegen ihn gebracht. Man machte ihm zum Vorwurf, daß er durch langfristige Kredite der Spekulation Gelegenheit gab, gegen gutes Geld auf Pump Waren zu kaufen und der Reichsbank nachher schlechtes Geld zurückzugeben. Man machte ihm die Zahlungsmittelknappheit im August und Oktober zum Vorwurf, man hielt ihm schließlich entgegen, daß er die Goldanleihe durch die Art der Einführung geradezu sabotiert habe, indem er sie den Großbanken zum Zeichnungskurse abgegeben und ihnen dadurch Millionen Gewinne — wohlverstanden in Goldmark — nachwarf. Als er zuletzt auch noch der Reichsregierung die Diskontierung von Wechseln ablehnte und dadurch die ganzen Schwierigkeiten wegen der Erwerbslosenunterstützung im Ruhrgebiet hervorrief, setzte sich auch im Kabinett die Auffassung durch, daß man sich von ihm trennen müsse, während der Kanzler sich früher damit begnügte, daß Herr Dr. Havenstein zum 1. April gehen und sich vorher heurlauben lassen wollte. Es war aber schwer, ihn heranzulassen, weil die Reichsbank auf Wunsch der Entente der Einflussnahme der Reichsregierung entzogen ist. Deshalb fand eine Verordnung unmittelbar bevor, wodurch die Liberalisierungsbestimmungen auch auf die Reichsbank ausgedehnt werden sollten. Damit war, da Herr Havenstein das 65. Lebensjahr überschritten hatte, sein Rücktritt erzwungen. Nun ist er doch noch in den Seelen gefangen, und es wäre unrecht, wollte man ihn lediglich beurteilen nach den Fehlern, die er in den letzten Monaten begangen hat. Zurückschauend auf sein ganzes Wirken wird doch anzuerkennen sein, daß er, solange er auf der Höhe seiner Kraft war, sich um die Reichsbank große Verdienste erworben hatte und daß es vornehmlich ihm zu verdanken war, daß bei Beginn des Krieges unsere finanzielle Mobilmachung glänzend funktionierte.

Berlin, 21. November. (Eine weitere deutsche Protestnote.) Der deutsche Geschäftsträger in Paris Herr von Röß hat dieser Tage eine weitere Protestnote gegen die Unterstufung der Separatisten übergeben. Die deutsche Regierung legt gegen die fortgesetzte Unterstufung der bewaffneten Separatistenbanden durch amtliche französische Organe und gegen die Behinderung der deutschen Behörden und Beamten bei der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung nachdrücklichste Verwahrung ein.

England.

— (Der englische Wahlkampf.) Soweit sich die Dinge heute übersehen lassen, treten sich als Hauptkämpfer Lloyd George und Baldwin gegenüber. Der Wähler zeigt wieder einmal das faßlichste Gesicht, die Lage für sich auszunutzen. In Southampton beschuldigte er die konservative Regierung Bonar Law und Baldwin, an der verworrenen Lage Europas schuldig zu sein. Nun kann aber auch Lloyd George nicht für sich in Anspruch nehmen, die französische Politik rechtzeitig durchkreuzt zu haben. Weiber in London, als das herabgelassene Ultimatum vom Mai 1921 stieg, noch im Herbst 1921, als Deutschland um Oberschleffen betrogen wurde, hat er sich als der starke Mann erwiesen, der den französischen Machthaber in

die Schranken zu weisen verstand. Baldwin weist in seinen Wahlreden hauptsächlich auf den Witzhaftungsverfall Englands hin, der eine Folge des Durcheinanders auf dem Festland sei. Dabei macht Baldwin wiederholt das Zugeständnis, daß Frankreich seine verwüsteten Gebiete wieder aufgebaut habe und nun imstande sei, den Wettbewerb mit der englischen Textilindustrie aufzunehmen. Zum Verständnis möge dienen, daß Velle und Roubaix die Hochburgen der französischen Textilindustrie sind, die schon vor dem Kriege den Wettbewerb mit Lancashire aufnehmen konnten und aufgenommen haben. Lloyd George meint indessen, daß England nicht Schutzoll gegen die französische Spinnerei brauche, sondern gegen den französischen Militarismus. Als Lloyd George noch Frankreich nach Europa war, gingen die Franzosen nach Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg. Sie sind dort geblieben, obwohl dieser Einbruch ebenso verträglich war und ist, als der in das Ruhrgebiet. Ohne Düsseldorf hätte es kein Essen und Dortmund gegeben, wie denn auch Poincaré immer damit aufgetrumpft, daß das Lloyd George Ultimatum vom Mai 1921 die deutsche Schuld endgültig festgesetzt habe. In Alledem zeigt sich, wie verhängnisvoll schwach England gegenüber Frankreich in Europa geworden ist.

London, 19. November. (England kann nicht länger auf die Lösung in Europa warten.) Heute hielt Ministerpräsident Baldwin in der Queen's Hall in London eine Rede über seine politische und stellte dabei die Frage, warum eigentlich die ganze, durch das Entgegen des Welthandels verursachte Last auf den Schultern Englands liegen solle. England sei schwerer davon betroffen, wie jeder andere Staat. Frankreich, Italien, Belgien und Deutschland hätten nicht soviel darunter gelitten, wie England. Trotz des Chaos in Europa sei Frankreich in der Lage gewesen, seine zerstörten Gebiete wieder aufzubauen, seine beschädigten Kohlengruben wieder vorzurichten und seine Fabriken mit moderner Maschinen auszurüsten. Dasselbe müsse für Deutschland und Belgien zu tun. Sie würden sich in der Lage befinden, die Lösung in Europa nicht mehr auf die Lösung in Europa warten zu müssen, während es sich weiter um diese Lösung noch bemühe, müsse es jetzt vor allen Dingen an seine eigenen Interessen denken.

Frankreich.

Paris, 22. November. (Die Resultate der gestrigen Botschafterkonferenz.) In der gestrigen Botschafterkonferenz wurde zwischen den Alliierten vollkommene Übereinstimmung erzielt. Die offiziellen Pariser Kreise sind über das Resultat der Konferenz überaus zufrieden, umso mehr als dadurch die Aufrechterhaltung der Entente ermöglicht wird. Es wurde an Deutschland eine gemeinsame Note gerichtet.

Italien.

Rom, 19. November. (Fürst Bülow in Rom.) Fürst Bülow ist mit seiner Gemahlin in Rom eingetroffen. Er beabsichtigt in der Villa Malta den Winter zu verbringen. Dem Korrespondenten des „Tribuna“ erklärte er, daß er keine Politik mehr treiben werde.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 20. November.

Die politische Aussprache.

Der Reichstag ist wiederum versammelt, um zu der politischen Lage Stellung zu nehmen. Als der Präsident um halb 2 Uhr die Sitzung eröffnete, waren zwar die Tribünen überfüllt, aber die Bänke der Abgeordneten wiesen zahlreiche Lücken auf. Die Volksboten sind noch nicht in Berlin eingetroffen. Der Präsident gedachte zunächst des Ablebens des Zentrumsgesandten Hoener und des Reichsbankpräsidenten Havenstein. Er brandmarkte das Verhalten der französischen und belgischen Besatzungsbehörden, die es zugelassen haben, daß die Separatisten die Immunität der Abgeordneten Maß (Str.) und Dr. West (D. Vp.) verletzten. Ein Antrag auf Strafverfolgung des pfälzischen Abgeordneten Hofmann-Kaiserslautern (Soz.) wegen Hochverrats wurde dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Kleine Beträge mit der Schweiz und Polen wurden ohne Erörterung gebilligt.

Das Haus trat dann in die große politische Aussprache ein, an deren Spitze diesmal keine Regierungserklärung stand. Der Kanzler will erst im Laufe der Aussprache das Wort nehmen. Dagegen erhoben die Kommunisten lärmenden Protest und als der Präsident feststellte, daß es dem Reichstanzler natürlich überlassen bleiben muß, wann er das Wort nehmen wolle, beantragten die Kommunisten Vertagung des Reichstages. Das Haus antwortete darauf nur mit Heiterkeit und lehnte den Antrag ab. Die Rede der Redner eröffnete der sozialdemokratische Abgeordnete Wels, der die Anschauung vertrat, daß das jetzige Kabinett Stresemann eine neue Regierung sei, die ihr Programm entwickeln und das Vertrauen des Reichstages beantragen müsse. Der Redner verurteilte die Abtrennungsbefrebungen und protestierte gegen die Wahnsinnspäne derjenigen, die im Westen ihre Industrie-Verzögerer erziehen wollten. Kayr und Lubendorff hätten in Wilmanns offener Hochverrat begangen. Für alle diese Ereignisse trage der Reichstanzler die Schuld. Die Rhein- und Ruhrfrage sei für die Sozialdemokratie eine nationale Frage. An eine Preisgabe sei nicht zu denken. Der Industrielle Lüdwig habe die Unterstützung der Franzosen für die Einführung des 10. Stundentages gesucht. Dagegen erhoben die Sozialdemokraten stürmischen Protest. Der deutsche nationale Führer Hergt stellte fest, daß der Reichstag wieder einmal vor einer bittersten Entscheidung stehe, vielleicht zum letzten Mal. Das Kartenhaus der großen Koalition sei zusammengebrochen, der Reichstanzler müsse folgen. Der Redner fordert einen völligen Kurswechsel und verlangte vom Reichstanzler eine unzweideutige Erklärung über die, gegenüber den besetzten Gebieten geplante Politik. Nicht eine einseitig nationale Regierung, sondern eine nationale Regierung überhaupt müsse gebildet werden. Auch die Arbeiterklasse werde die ihr gebührende Stellung erhalten. Die Regierung müsse das Vertrauen der nationalen Verbände und der nationalen Jugend haben. Bei Beendigung der Rede kam es ganz unerwartet zu einem erregten Zwischenfall als der Reichstanzler das Wort erhalten sollte, verlangte Abgeordneter Roenen das Wort zur Geschäftsordnung,